[illegible] Milliarden Goldmark, die Deutschland angeblich in der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 31. Dezember 1922 bezahlen mußte, entspricht allerdings der Zahlungsplan des Londoner Ultimatums, und für das Jahr 1921 hat Deutschland auch die Zahlungen des Ultimatums restlos geleistet. Für das Jahr 1922 ist der Londoner Zahlungsplan bekanntlich durch die bereits erwähnte Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 rückwirkend vom 1. Januar 1922 an außer Kraft gesetzt worden. Die in dieser Note festgesetzten Zahlungen hat Deutschland gleichfalls, und zwar vereinbarungsgemäß durch Barzahlungen und durch Hingabe von Wechseln, geleistet. Um gegenüber der französischen Darstellung ein richtiges Bild von den deutschen Gesamtleistungen an die Alliierten zu geben, braucht nur auf den in den letzten Wochen mit den Einzelheiten der Berechnung wiederholt veröffentlichten Betrag hingewiesen zu werden, der den tatsächlichen Wert der Leistungen darstellt, nämlich auf den Betrag von 46 Milliarden Goldmark.

Zusammenfassend kann von deutscher Seite festgestellt werden, daß die Ausführungen der französischen Zirkularnote in allen Punkten unhaltbar sind.

Der Führer der „Emden" gestorben.

Kapitän Müllers Heldentaten.

Im Alter von nur 50 Jahren ist in Braunschweig der frühere Kapitän von Müller, der Führer der im Weltkriege zu Weltruhm gelangten „Emden" gestorben. Die Taten, die der kleine Kreuzer „Emden" unter der Führung des Fregattenkapitäns v. Müller im Weltkriege vollbracht hat, sind noch in aller Erinnerung. Die „Emden" unternahm nach Kriegsausbruch einen Vorstoß gegen Wladiwostok und wurde noch im August 1914 aus dem Geschwaderverband entlassen, um den Kreuzerkrieg in den indischen Gewässern zu führen. Sie brachte den Gegnern erhebliche Verluste bei und wurde im Sommer und im Herbst 1914 der unfaßbare Schrecken der englischen Schiffahrt, bis sie am 9. November 1914 bei den Keeling-Inseln von dem australischen Kreuzer „Sydney" in Brand geschossen und von der eigenen Besatzung auf Strand gesetzt wurde. Während eine Landungsabteilung unter der Führung des Kapitänleutnants v. Mücke auf dem Schoner „Ayesha" entkam, geriet Kapitän v. Müller in englische Gefangenschaft. Er wurde nach Malt gebracht und dort zunächst ziemlich gut behandelt. Aber auf dem Linienschiff „London", das ihn dann nach England brachte, war er großen Demütigungen ausgesetzt. Sehnsucht nach neuen Heldentaten veranlaßte ihn zu einem Fluchtversuch aus dem Gefangenenlager. Der Versuch mißlang.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Keine Aufwertung der Hypotheken.

Bekanntlich hat die Reichsregierung gesetzgeberische Maßnahmen zur Verhinderung der Rückzahlung von Hypotheken oder zu ihrer Aufwertung nicht in Aussicht genommen. Offenbar ist der Umstand, daß in Goldwert aufgenommene Hypotheken ebenso wie andere ähnliche Verpflichtungen in entwerteten Papiermark zurückgezahlt werden, einer der schlimmsten Übelstände der Nachkriegszeit. Mit dem Gegenstande beschäftigte sich der Rechtsausschuß des Reichstags aus Anlaß eines Antrages Dr. Düringer und Genossen, durch Gesetz die Rückzahlung der vor dem 1. Januar 1922 eingetragenen Hypotheken für die Dauer von fünf Jahren nur mit Zustimmung des Gläubigers zu gestatten. Aber auch der Ausschuß lehnte den Erlaß eines Sperrgesetzes ab. Angenommen wurde lediglich ein hiermit nur lose zusammenhängender Antrag, der die Mitwirkung der Gerichte zur billigen Berücksichtigung der Geldentwertung bei gewissen familienrechtlichen Verhältnissen (Altenteile, Unterhaltungsansprüche u. a.) wünscht.

Roggenpreise und Reichsgetreidestelle.

Am 9. März stiegen die Roggenpreise an der Berliner Börse ziemlich unerklärlicherweise von 28 500 auf 31 000 M. Daraufhin wurden Behauptungen laut, diese Steigerung sei durch Käufe der Reichsgetreidestelle verursacht und bezwecke Preistreiberei und Stützungsaktion für die Agrarier. Demgegenüber wird von zuständiger Seite amtlich erklärt, daß die Annahme sowohl, daß die Reichsgetreidestelle am 9. März gekauft habe, wie auch die, daß sie weiter als Käufer am Markte sei, unrichtig ist. Die Schlußfolgerung, daß sie die Preise stütze oder gar treibe, sei hinfällig.

Gegen die hohen Zuckerpreise.

Im Haushaltausschuß des Reichstages fand ein Antrag Annahme, der sich gegen die überhohen Zuckerpreise richtet. In dem Antrag heißt es: „Die enorme Erhöhung des Zuckerpreises auf das Doppelte des bisherigen Betrages in einer Zeit, wo die Besserung des Markwertes ständig zunimmt, ist völlig unberechtigt. Sie nimmt den breiten Massen der arbeitenden und notleidenden Bevölkerung in immer größerem Umfange die Möglichkeit, sich dieses unentbehrliche Nahrungsmittel zu beschaffen, und sie verstößt gegen die von der Regierung selbst vertretene Auffassung, daß bei steigendem Markwert nicht eine Preiserhöhung, sondern ein Preisabbau eintreten muß." Der Reichstag wird ersucht, der Zuckerpreiserhöhung die Zustimmung zu versagen. — Ein Antrag, das Ernährungsministerium zum 1. April 1923 aufzulösen und seine Aufgaben dem Reichswirtschaftsministerium zu übertragen, wurde der Sparkommission überwiesen.

Ernährungsnot wegen verringerten Einkommens.

Bei der Beratung des Etats des Ernährungsministeriums im Hauptausschuß des Reichstages führte Reichsernährungsminister Dr. Luther noch aus, daß die Ernährungslage unseres Volkes im Vergleich zu den Zeiten vor dem Kriege sehr stark herabgesetzt sei, nicht nur wegen mangelnder Produktion, sondern auch wegen mangelnden Einkommens. Im deutschen Reiche würden insgesamt 9 Millionen Menschen unterstützt, von denen 6 Millionen ohne nennenswerte Nebeneinnahmen seien. Die Not zeige sich derart, daß beispielsweise selbst die herabgesetzten Milchmengen von der Bevölkerung der Großstädte wegen des Preises nicht vollständig aufgenommen werden können.

Türkei.

× **Aus den neuen Friedensvorschlägen.** Nach Mitteilungen aus Konstantinopel wird in den neuen türkischen Friedensvorschlägen nicht mehr die Rückerstattung des von den Türken an Deutschland und Österreich übertragenen Goldes verlangt, desgleichen auch nicht mehr die Bezahlung der in England bestellten Schiffe. Der Betrag der Entschädigung für die von den griechischen Behörden verursachten Schäden soll von der türkischen Regierung in Gemeinschaft mit der griechischen Regierung oder durch einen Schiedsspruch festgesetzt werden.

Italien.

× **Veräußerung beschlagnahmten Eigentums.** Der italienische Ministerrat hat den Entwurf eines Dekrets angenommen, durch das der Regierungskommissar für feindliches Eigentum ermächtigt wird, selbst unter Aufhebung der bestehenden Vorschriften Angehörigen ehemals feindlicher Staaten gehöriges Eigentum, das dem Staat anheimgefallen ist, zu veräußern.

Aus In- und Ausland.

Hamburg. Der ehemalige erste Bürgermeister von Hamburg, Dr. Predöhl, ist einem Schlaganfall erlegen.

Ingolstadt. Hier kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Sozialisten. Zwei Arbeiter sollen durch Schüsse leicht verletzt worden sein.

Starker Rückgang des Postverkehrs.

Nur die Hälfte Briefe und Pakete.

Der notwendige als Folge der andauernden Tariferhöhung stets vorausgesagte Rückgang des Postverkehrs ist nicht ausgeblieben. Das mußte festgestellt werden bei der Beratung des Postetats im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Reichspostminister Stingl führte aus, die Tariferhöhungen hätten einen starken **Rückgang des Familienverkehrs und des Verkehrs auf kulturellem Gebiet** zur Folge gehabt, während der geschäftliche Verkehr zum Teil die alte Höhe wieder erreicht, zum Teil sie sogar schon überschritten hat. Im ganzen ist **die Briefpost um mehr als die Hälfte zurückgegangen, die Paketpost um 43 %.**

Ebenso ist die andere Voraussage Tatsache geworden, daß die Erhöhungen wohl die Drosselung des Verkehrs, nicht aber eine finanzielle Gesundung herbeiführen würden. Gegenüber dem Voranschlag, der bei einer Einnahme von 264,6 Milliarden Mark und einer Ausgabe von 344,8 Milliarden Mark mit einem Fehlbetrag von 80,2 Milliarden Mark abschloß, verzeichnen die Zahlen heute bei einer Einnahme von 764,6 Milliarden Mark und einer Ausgabe von etwa 1969,2 Milliarden Mark einen Fehlbetrag von etwa 1204,6 Milliarden Mark.

Deine Waffe im Kampf gegen Frankreich sei Dein Beitrag zum Deutschen Volksopfer.

Deutscher Reichstag.

BC. Berlin, 10. März.

Fast zu einer parlamentarischen Krise wuchs sich die Beratung über die Änderung der Steuergesetze im Reichstag aus. Die Regierung hatte in ihren Entwürfen ziemlich weitgehende Vorschriften für die Berücksichtigung der Geldentwertung bei der Entrichtung rückständiger Steuern aufgestellt. Es sollte dadurch den vielfach lautgewordenen Klagen die Spitze abgebrochen werden, daß den immer sofort durch den Lohnabzug zur Steuerleistung herangezogenen Gehalts- und Lohnempfängern wirkliche Lasten auferlegt würden, während die mitunter erst nach Jahren eingehenden Steuern aus selbständigen Betrieben und Unternehmungen irgendwelcher Art durch die mittlerweile eingetretene Geldentwertung zu lächerlich geringen Beträgen zusammenschrumpften. Die bürgerlichen Parteien hatten nun ein Kompromiß abgeschlossen, das die Bestimmungen der Regierungsvorlagen erheblich milderte. Dagegen wandte sich mit großem Elan die vereinigte Sozialdemokratie unter dem Beistand der noch weiter links stehenden Gruppen. Verlangt wurde zum mindesten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Bei der Abstimmung wurde nun der sozialdemokratische Antrag zur Vermögenssteuer mit 183 gegen 145 Stimmen abgelehnt und der Kompromißantrag angenommen. Der sozialdemokratische Antrag zur Zwangsanleihe wird mit 187 gegen 149 Stimmen, der zur Erbschaftssteuer mit 192 gegen 148 Stimmen abgelehnt, die Fassung des Ausschusses (Kompromiß) angenommen. Durch diese Abstimmungen war die Erregung auf der linken Seite des Hauses stark gestiegen, und als man an die Bewertungsvorschriften für Devisen-, Effekten- und Warenbesitz kam, wurde eine Reihe von Änderungen des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich der Bewertungsvorschriften nach den Ausschußvorschlägen angenommen. Darunter befindet sich auch die vom Ausschuß eingefügte Bestimmung, wonach für die Angehörigen freier Berufe bei der Veranlagung für 1922 20 % des Einkommens nach Abzug der Werbungskosten, und zwar mindestens 30 000, höchstens 80 000 Mark, in Abzug gebracht werden können.

Als dann die Vorschriften über die Ermittlung des Betriebsgewinnes beraten, und die sozialdemokratischen Anträge, Wertpapiere und ausländische Zahlungsmittel nicht als Gegenstände des Betriebsvermögens gelten zu lassen, abgelehnt wurden, kommt es zum offenen Zwist und zur Obstruktion. Der Sozialdemokrat Müller-Franken erklärt, das Kompromiß bringe eine solche steuerliche Entlastung für den Besitz, daß seine Partei die politische Verantwortung für die Beschlüsse nicht tragen könne. Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal, das Haus ist beschlußunfähig, die Weiterberatung muß unterbrochen werden. Auch zwei weitere etwas später abgehaltene Sitzungen führen zu keinem Resultat und man beschließt, Montag weiter zu verhandeln.

CB. Berlin, 12. März.

Nachdem man den Gesetzentwurf über die Anlegung gesetzlicher Reserven der Aktiengesellschaften in Dollarschatzanweisungen des Reiches ohne Aussprache in dritter Beratung endgültig angenommen hatte, wandte man sich der zweiten Beratung der Novelle zum Gesetzentwurf über die

Erhebung der Wohnungsbauabgabe

zu. Die Regierungsvorlage wollte die bisher 50 % des Friedensnutzungswertes der Wohnungen betragende Abgabe auf 750 % erhöhen. Der Ausschuß beantragte darüber hinaus für die Jahre 1923 und 1924 1500 % für die Länder. Die Gemeinden können die gleiche Abgabe erheben, so daß nach der Ausschußvorlage sich die Abgabe auf 3000 % des Friedensnutzungswertes erhöht. Der Ausschuß will weiter den Unternehmern, die gewerbliche Räume neu errichten, die Verpflichtung zur Errichtung von Arbeiterwohnungen auferlegen und sie dafür von der Abgabe befreien. In mehreren Entschließungen verlangte der Ausschuß Verbilligung der Baustoffe, gesetzliches Vorgehen gegen die Auswüchse des Kartellwesens und Vergünstigungen für gemeinnützige Baugenossenschaften.

Die Abgeordneten Silberschmidt (Soz.), Bauer (Dem.) und Korthaus (Zentr.) beantragten, die erhöhte Abgabe nur für das Jahr 1923 festzusetzen und die Befreiung derjenigen Unternehmer von der Abgabe zu streichen, die Arbeiterwohnungen errichten.

Abg. Leopold (Deutschnat.) und Genossen beantragte, erstens die Abgabe nur von solchen Gebäuden zu erheben, die zu Wohnzwecken dienen, zweitens die Abgabe von 1500 % auf 750 % zu ermäßigen und drittens die aus landwirtschaftlichen Gebäuden stammenden Abgabeeinkünfte vorwiegend für landwirtschaftliche Bauzwecke zu verwenden. Abg. Oeser (Zentr.) beantragte die Errichtung einer Pflichtsparkasse zur Kapitalbeschaffung für den Kleinwohnungsbau. Nach der Berichterstattung über die Ausschußverhandlungen durch den Abg. Kniest (Dem.) nahm der

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

das Wort zur Begründung der Vorlage. Er bezeichnete ihre schleunige Verabschiedung als Notwendigkeit, denn jede weitere Verzögerung verzögere auch die Wiederaufnahme der Bautätigkeit. Der Gedanke, die Bautätigkeit einzustellen, könne ernstlich nicht erwogen werden, denn das Wohnungselend laste immer drückender auf allen Volksschichten. Wir stimmen gern dem im Ausschuß beschlossenen Satz von insgesamt 3000 % zu und betrachten das sogar nur als Mittelmaß. Mit dem Ertrage dieser Abgabe wird nur ein bescheidenes Bauprogramm durchgeführt werden können. Die Regierung wird darum den Gemeinden keine Schwierigkeiten machen, wenn sie über die Sätze hinausgehen wollen. Bedauerlich wäre es, wenn nach dem Ausschußantrage der Regierung die Möglichkeit genommen würde, die Abgabe den Schwankungen der Geldentwertung anzupassen. Der Satz von 3000 % ist nur scheinbar hoch. Die Regierung wird in Zukunft besondere Erweiterungen und Umbauten fördern. Sie wird weiter auch auf eine Verbilligung der Baustoffe nach besten Kräften hinwirken. Im Kampf gegen die Wohnungsnot braucht die Regierung die Hilfe aller Schichten des deutschen Volkes.

Abg. Silberschmidt (Soz.) trat im allgemeinen für die Vorlage ein. Die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe im Sinne der Ausschußbeschlüsse ist notwendig. Die Baustoffindustrie hat ihre Preise in unerhörter Weise gesteigert. Die Baustoffindustrie muß sich endlich daran gewöhnen, daß sie an gemeinnützigen Wohnungsbauten keine Riesengewinne machen darf. Die Regierung muß aber neben der Wohnungsbauabgabe noch weitere Geldquellen für den Wohnungsbau erschließen. Von den Erklärungen der Regierung zu dieser Frage machen wir unsere Stellung zur Vorlage abhängig.

Abg. Korthaus (Zentrum). Von vielen werde eingewandt, daß die Wohnungsbauabgabe die brutalste Form einer indirekten Steuer sei. Die Erhöhung der Abgabe sei durch eine Zwangslage geboten, weil mit der bisherigen Abgabe gar nichts gegen die Wohnungsnot ausgerichtet worden sei.

Abg. Leopold (Deutschnat.) begründete hauptsächlich den von seinen Parteigenossen gestellten Abänderungsantrag.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 13. März.

Vertreibung von Polizeibeamten.

Elberfeld. In Vohwinkel und Wülfrath sind heute früh sämtliche Polizeibeamten einschließlich der Verwaltungs- und Kriminalbeamte ausgehoben und festgesetzt worden. Den Familien der Ausgewiesen wurde die in 8 Tagen erfolgende Ausweisung angekündigt. Ebenso sind die Polizeibeamten in Velbert ausgehoben und festgesetzt worden. — In Neviges sind heute mehrfach Kraftwagen beschlagnahmt worden. Die Besatzungslage ist unverändert.

Französische Autoräuber.

Hagen. Montag beschlagnahmten die Franzosen in Hernecke ein Privatauto. Dessen Führer wurde beauftragt, in Begleitung von zwei französischen Soldaten den Autobesitzer außerhalb der Stadtgrenze abzusetzen. Der Kraftwagen fuhr über das Ziel hinaus bis zu den Eickschen Stahlwerken Eckesey, wo der Autobesitzer abgesetzt wurde. Auf die sich dabei ansammelnde Menschenmenge feuerten die Franzosen ungefähr 4 bis 6 Revolverschüsse ab, wodurch ein Mann schwer verletzt wurde.

Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten.

Hagen. Die demokratische Reichstagsabgeordnete Fräulein Dr. Lüders in Hernecke wurde von Franzosen in ein Wachlokal gebracht und dort durch nicht wiederzugebende Äußerungen belästigt. Auch als Fräulein Lüders sich die groben Belästigungen und die Durchsuchung ihres Reisegepäcks energisch verbat, schritt der französische Vorgesetzte nicht ein, ließ vielmehr seine Untergebenen ruhig gewähren. Zur Beurteilung des Zwischenfalls sei mitgeteilt, daß der Paß ausdrücklich die Zugehörigkeit des Fräulein Lüders zum Reichstag feststellt.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		12. 3. gesucht	12. 3. angeb.	10. 3. gesucht	10. 3. angeb.
Holland	1 Gulden	8224,38	8265,62	8224,38	8265,62
Dänemark	1 Krone	3967,58	3977,42	3950,10	3969,90
Schweden	1 Krone	5531,13	5558,87	5531,13	5558,87
Norwegen	1 Krone	3755,58	3774,43	3755,58	3774,42
Schweiz	1 Frank	3880,27	3899,73	3880,27	3899,73
Amerika	1 Dollar	20762,96	20867,04	20797,87	20902,13
England	1 Pfund	97755,00	98245,00	97755,00	98245,00
Frankreich	1 Frank	1261,83	1268,17	1246,87	1253,13
Belgien	1 Frank	1082,28	1087,72	1077,30	1082,70
Italien	1 Lira	997,50	1002,50	987,52	992,48
Dt.-Österr.	100 Kron.	28,82	28,98	28,82	28,98
Ungarn	1 Krone	6,81	6,85	6,83	6,87
Tschechien	1 Krone	617,45	620,55	618,45	621,55

Stand der Polenmark am 12. März 47 Pf.

* **Berliner Produktenbörse** vom 12. März (Nichtamtlich.) Weizen 38 000—40 000, Roggen 36 000—38 000, Hafer 29 000 bis 32 000, Gerste 30 000—33 000, Weizenmehl 115 000—125 000, Roggenmehl 105 000—115 000, Raps 80 000—90 000, Leinsaat 80 000—90 000, Rapskuchen 23 000—26 000, Trockenschnitzel 12 000 bis 13 500, Kartoffelflocken 17 000—20 000, Wicken 50 000 bis 80 000, Ackerbohnen 55 000—60 000, Viktoriaerbsen 60 000 bis 70 000, kl. Erbsen 30 000—60 000 für 50 Kilogramm, Melassefuttertorf 11 000, Weizenkleie 19 000, Biertreber 18 500, Treber 18 000, Haferschalen 17 000, Haferkleie 16 000, Strohmehl 13 000, Palmkernschrot 18 000 für 50 Kilogramm einschl. Verpackung. Alles ab Verladeort.

* **Senkung der Großhandelspreise.** Mit der Senkung des Dollarkurses hat der im Februar eingetretene Rückgang der Großhandelspreise sich bis Anfang März fortgesetzt. Die auf den 5. März berechnete Stichtagsziffer der Großhandelspreise ist gegen den Stand vom 24. Februar von dem 5257fachen auf das 5120fache oder um 2,6 % und gegen den bisherigen Höchststand vom 5. Februar um 14 % gewichen.

* **Der Ankauf von Gold** für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum Preise von 85 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 42 500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und die Post erfolgt unverändert zum 1500fachen Betrage des Nennwertes.

Arbeiter und Angestellte.

Mährisch-Ostrau. (Streik der Bergarbeiter.) Da trotz vierwöchiger Verhandlungen zwischen den hiesigen Grubenbesitzern und den Arbeitnehmern über die Erneuerung des Kollektivvertrages kein Einverständnis erzielt wurde, haben die Arbeiter des Ostrau-Karwiner Reviers beschlossen, auf allen Gruben und Kokereien des Reviers in den Streik zu treten